

Bewerbung für den **HESSENTAG 2023** – Die UBP begründet ihre ablehnende Entscheidung

Sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn sich heute, am 14. Oktober 2019, eine Mehrheit der Stadtverordneten für die Hessentagsbewerbung ausspricht, wird sich dies in den kommenden vier oder fünf Jahren nachhaltig auf das öffentliche und politische Leben dieser Stadt auswirken. Wenn wir die Signale aus Wiesbaden richtig deuten, hätte die Stadt Pfungstadt aufgrund des 50-jährigen Jubiläums gute Chancen das Landesfest zum zweiten Mal ausrichten zu können. Nach Abwägung der Chancen und Risiken, die mit diesem Projekt verbunden sind, hat sich die UBP-Fraktion gegen eine Bewerbung entschieden. Ich will das kurz begründen:

Im Jahr 1973 kamen zum Hessentag 160.000 Besucher. Im Jahr 2023 werden bis zu einer Million Besucher erwartet. Das Finanzkonzept sieht vor, dass der Aufwand für die 10-Tagesveranstaltung 9,3 Mio. € beträgt. Dem Aufwand stehen geplante Erträge in Höhe von 5 Mio. € gegenüber. Das kalkulierte Defizit der Veranstaltung beträgt somit 4,3 Mio. Das Land Hessen hat seine Bereitschaft erklärt, hiervon 2 Mio. € zu übernehmen.

Über die UBP

Die UBP ist seit dem Jahr 2011 in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. 2011 mit 2 Stadtverordneten und seit der Kommunalwahl 2016 mit 9 Stadtverordneten und 3 Stadträten.

Die UBP ist die zweitstärkste Fraktion in der Pfungstädter Stadtverordnetenversammlung.

Für die Stadt Pfungstadt verbleibt ein kalkulierter Verlust von 2,3 Mio. €.

Bitte beachten Sie, dass für die Vorbereitung und Durchführung des Hessentags rd. 17.000 Überstunden anfallen werden. Bei einem durchschnittlichen Stundensatz von 40,00 € pro Mitarbeiter (inkl. Sozialleistungen) bedeutet dies zusätzliche Personalkosten von 680.000 €. Im Finanzkonzept sind aber nur 200.000 € zusätzliche Personalkosten enthalten. Was ist mit der Differenz von 480.000 €? Die müssen wir auf das bereits kalkulierte Defizit von 2,3 Millionen draufschlagen und liegen somit nach Korrektur des Finanzkonzepts bereits bei 2,8 Millionen Verlust!

Das Land Hessen macht es sich in unseren Augen einfach. Es beteiligt sich mit einem fixen Betrag in Höhe von 2 Mio. € am Veranstaltungsdefizit. Und das war's.

Das Konzept sieht vor, dass der verbleibende Verlust, also die 2,3 Millionen plus die 480.000 durch die Stadt auszugleichen sind.

In der öffentlichen Debatte wird irreführend der Eindruck vermittelt, dass die Stadt das Defizit der Veranstaltung und den Investitionszuschuss gegeneinander aufrechnen und dadurch einen „Bilanzverlust“ vermeiden könne. Dies scheint eine weit verbreitete Fehleinschätzung zu sein.

Die Verrechnung beider Positionen ist nicht möglich.

Das Land hat sowohl beim Defizitausgleich als auch beim Investitionszuschuss eine feste Kalkulationsbasis.

Das weit höhere Veranstaltungsrisko verbleibt in vollem Umfang bei der Stadt Pfungstadt.

Denken Sie nur mal an die Kosten für Sicherheit und Ordnung. Hier wird es zurecht keine Kompromisse oder Einsparungen geben. Die Ereignisse in Berlin und der Terroranschlag letzte Woche in Halle haben gezeigt, wie wichtig ein sorgfältig vorbereitetes Sicherheitskonzept, eine aufwendige Absicherung der Straßen und Plätze sowie eine angemessene Polizeipräsenz bei solchen Großereignissen ist.

Grundsätzlich heißen wir die Idee der CDU Rücklagen zum Ausgleich des Veranstaltungsdefizits aufzubauen gut und unterstützen auch diesen Antrag. Doch was sind die Konsequenzen, wenn diesem Antrag zwar zugestimmt, die Ziele in der Realität aber nicht erreicht werden? Die Messlatte – geplanter Jahresgewinn von 1 Mio. € - wird bereits in diesem Jahr gerissen. Vielleicht schaffen wir gerade mal so eine schwarze Null. In diesem Jahr versteht sich. Und in den kommenden Jahren? Allein die Projekte Umgehungsstraße West und der Zuschussbedarf für die Kita Nordwest werden ab 2020 zu wiederkehrenden zusätzlichen Belastungen des Haushalts im hohen 6-stelligen Bereich führen. Wenn die Schere zwischen Aufwand und Ertrag auseinanderläuft, müssen die freiwilligen Leistungen gekürzt oder Steuererhöhungen beschlossen werden. Dieses Szenario erinnert sehr stark an die Haushaltsdebatte im November 2015 als um jeden Prozentpunkt bei den Hebesätzen gefeilscht wurde. Wir möchten nicht, dass wir wegen einer 10tägigen Party eine mehrjährige Debatte über die Kürzung der Vereinsförderung und/oder die Erhöhung der Kita-Gebühren anstoßen müssen.

Unser Fazit:

Das Timing für diese Hessentagsbewerbung stimmt nicht. Am Konjunkturhimmel ziehen dunkle Wolken auf. Pfungstadt hat keine Rücklagen und ist demzufolge nicht vorbereitet. Offenbach und Babenhausen sind mahnende Beispiele. Beide Städte haben die Hebesätze bereits auf Rekordniveau angehoben. Wir möchten keine Schwarzmalerei betreiben, Pfungstadt wird sich aber dem allgemeinen Abwärtstrend nicht entziehen können. Und was passierte nach dem Hessentag 2014 in Bensheim? Bensheim sah sich gezwungen ab 2015 den Hebesatz für die Grundsteuer B von 320% auf 480% anzuheben!!

Woran sich der ehemalige Bürgermeister der Stadt Bensheim und heutiger Hessentagsbeauftragter des Landes Hessen, Thorsten Herrmann, am letzten Mittwoch auf der CDU-Info-Veranstaltung jedoch nicht mehr erinnern konnte.

Noch ein Wort zum Neubau eines Schwimmbads, das einige Befürworter des Hestetags in ihre Vorschlagsliste für das Investitionsprogramm aufgenommen haben.

Wir befürchten, dass die Bewerbung für den Hessentag und das Konzept des Dachverbands nicht vereinbar sind. Die Finanzierung der Herstellungskosten für den Neubau ist durch den Zuschuss aus der Hessenkasse und die Bereitschaft des Landkreises eine Ausfallbürgschaft zur Verfügung zu stellen, gesichert. Das Kernproblem des neuen Schwimmbads ist das Kernproblem des alten Schwimmbades und somit auch dessen wahrer Grund für die Schließung. Es sind die jährlichen Betriebskostenzuschüsse von ca. 800.000 € für das neue Bad, die dauerhaft gebraucht werden und deren Einsatz allen Bürgern nützt. Nachhaltig und nicht nur für 10 Tage. Die von der CDU gewünschte Rücklagenbildung für den Hessentag sowie zusätzlicher Aufwand für Infrastrukturmaßnahmen werden die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sprengen. Ein Ja für einen Hessentag heißt auch, ein neues Schwimmbad rückt in ganz weite Ferne.

Auch im Interesse der Bürger, die sich mit hoher Priorität ein Schwimmbad wünschen, sehen wir uns gezwungen gegen die Hessentagsbewerbung der Stadt zu stimmen. Hessentag und ein neues Schwimmbad wären ein Kraftakt, den die Stadt nicht stemmen kann.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Hegemann. Die Fraktion UBP beantragt hiermit die namentliche Abstimmung zur DS 183/2019, deren evtl. Ergänzungen und GO-Anträgen.

Vielen Dank.

Iris Walters

Stv. Fraktionsvorsitzende

Im Interesse der Bürger sehen wir uns gezwungen gegen die Hessentagsbewerbung der Stadt Pfungstadt zu stimmen.